

Pressemitteilung

Berlin, 23. März 2026

Falsche Fakten für Verbote? Streeck verdreht BfR-Bewertung

Die Aussagen von Hendrik Streeck zum geplanten Verbot von Inhaltsstoffen in E-Zigaretten sind nicht nur zugespitzt, sie sind schlichtweg falsch.

Streeck betont selbst, für eine ausgewogene und evidenzbasierte Politik zu stehen. Was er nun gegenüber öffentlich erklärt hat, hat damit jedoch wenig zu tun.

Er behauptet, das Bundesinstitut für Risikobewertung habe 13 Stoffe identifiziert, „deren Konsum mit erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden ist“. Genau das hat das BfR jedoch nicht festgestellt.

Oliver Pohland, Geschäftsführer des VdeH, erklärt: „Wenn der Bundesdrogenbeauftragte zentrale Aussagen des BfR derart verzerrt wiedergibt, stellt sich zwangsläufig die Frage, ob hier bewusst falsche Schlussfolgerungen gezogen werden oder ob die zugrunde liegenden Stellungnahme gar nicht gelesen wurden. Beides wäre gleichermaßen problematisch.“

Keine Risikobewertung, sondern offene Fragen: Das sagt das BfR wirklich

Das BfR selbst weist ausdrücklich auf eine begrenzte Datenlage und weiteren Forschungsbedarf hin. Inzwischen liegt zudem neue, entlastende Evidenz vor, die dem BfR bereits zur Verfügung gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund entsteht der Eindruck, dass vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse von Herrn Streeck selektiv ausgelegt werden.

Aus dieser unsicheren Datenbasis pauschal „erhebliche gesundheitliche Risiken“ abzuleiten, ist keine wissenschaftliche Bewertung, es ist eine ideologisch motivierte politische Konstruktion. Hier wird aus Unsicherheit Gewissheit gemacht, um Ängste zu schüren und weitreichende Verbote zu rechtfertigen.

Wer sich auf das BfR beruft, sollte dessen Aussagen auch korrekt wiedergeben. Das Gegenteil ist hier der Fall. Wenn politische Entscheidungen auf einer derart verzerrten Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse beruhen, ist das keine evidenzbasierte Politik mehr.

Wenn Fakten fehlen, wird Evidenz einfach behauptet

Die Folgen eines solchen Vorgehens sind absehbar. Ein weitreichendes Verbot zentraler Inhaltsstoffe würde große Teile des legalen Marktes verdrängen. Bereits heute stammt über die Hälfte der Produkte aus illegalen, unregulierten und unkontrollierten Vertriebswegen. Weitere Einschränkungen werden diesen Trend verstärken und den Schwarzmarkt weiter stärken, mit negativen Folgen für Jugendschutz, Produktsicherheit und Steuereinnahmen.

Wer ernsthaft Gesundheit schützen will, darf wissenschaftliche Bewertungen nicht politisch uminterpretieren. Genau aber das passiert hier. „Das beste Beispiel ist Menthol: Wenn es ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko wäre, warum wird es seit Jahrzehnten in Inhalatoren und Erkältungsprodukten eingesetzt? Diese Widersprüchlichkeit zeigt, wie wenig konsistent die aktuellen Aussagen sind“, betont Pohland abschließend.

Quellen

<https://regionalheute.de/streeck-verteidigt-verbot-von-inhaltsstoffen-bei-e-zigaretten-1774049282>

https://rp-online.de/politik/deutschland/e-zigaretten-wie-die-politik-gegen-vapes-vorgehen-will_aid-145603629

Über den VdeH

Der Verband des eZigarettenhandels e.V. (VdeH) hat seinen Sitz in Berlin und ist ein Zusammenschluss von überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen, die E-Zigaretten und Liquids vertreiben oder herstellen.

Mit seiner Gründung am 19.12.2011 ist der VdeH die älteste und größte Interessenvertretung dieser vergleichsweise jungen Branche in Deutschland. Der Verband steht für eine sinnvolle Regulierung des Produktes E-Zigarette.

Pressekontakt

Verband des eZigarettenhandels e. V. (VdeH)
Horst Winkler, Pressesprecher
Telefon: +49 (30) 201 88 377
E-Mail: presse@vd-eh.de
Web: www.vd-eh.de